

Grösser könnte die Uneinigkeit der Parteien kaum sein

Bis gestern Freitag konnten Parteien, Verbände und weitere Interessierte zu den Vorschlägen der Kantonsregierung für ein neues Energiegesetz Stellung beziehen. Die Antworten zeigen: Der Weg zu einer Einigung ist noch sehr weit.

VON MATHIAS KÜNG

Das Schweizer Stimmvolk hat für die ambitionöse Energiestrategie 2050 (ES 2050) des Bundes an der Urne grünes Licht gegeben. Im Aargau sagte das Volk zwar Nein, aber es gilt der Schweizer Entscheid. Das anerkennen alle Parteien - auch die SVP, die ansonsten an den Vorschlägen des Kantons zur Umsetzung der Energiestrategie kaum ein gutes Haar lässt. Von links bis rechts ist noch eine Gemeinsamkeit erkennbar: Praktisch alle vermissen Förderungsinstrumente des Kantons und schlagen solche vor.

Daneben erkennt man bei einer Tour d'Horizon durch die Stellungnahmen eine Zweiteilung: Von der SVP bis und mit CVP inklusive Wirtschaftsverbände **AiHK** und Aargauischer Gewerbeverband (siehe Kontext) tönt es reserviert bis ablehnend. Von der BDP bis zu den Grünen kommt indes viel Zustimmung. Dabei gilt: Je grüner, desto lauter der Ruf nach mehr Massnahmen.

Ein Erfolg, ein Misserfolg

Um die CO₂-Ziele zu erreichen, will der Kanton die meisten verbindlich erklärten Forderungen der neusten Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE n) 2014 umsetzen. Diese sind von den kantonalen Energiedirektoren erarbeitet worden. Am Abstimmungssonntag vom 10. Juni ist deren Umsetzung im Nachbarkanton Luzern gelungen. Da hiess der Souverän die darauf abstützende kantonale Gesetzgebung gut. Die rote Karte gab es gleichentags in gleicher Sache vom Solothurner Souverän. In diesem Nachbarkanton sagte das Volk deutlich Nein, die Regierung muss nochmals über die Bücher. Das lässt sich im Aargau ebenfalls sagen, auch wenn es hier «erst» um eine Anhörungsvorlage ging.

In der Anhörung unterbreitete das Aargauer Energiedepartement MuKE n-Vorschläge. Diese konzentrieren sich auf Gebäude, weil die am meisten Energie benötigen. Ziel ist etwa mehr Energieeffizienz von Neubauten. Diese sollen strengere Anforderungen erfül-

len, weniger Energie verbrauchen und einen Teil davon selber erzeugen. Beim Ersatz von Heizungen soll der massgebliche Bedarf für Heizung und Warmwasser höchstens zu 90 Prozent von nicht erneuerbaren Energien stammen. Die restlichen 10 Prozent sind durch erneuerbare Energien oder baulich-technische Massnahmen zu decken. Zudem sollen zentrale Elektroheizungen mit Wasserverteilsystem (Bodenheizung oder Radiatoren) und Elektroboiler (in Wohnbauten) innert 15 Jahren durch eine andere Lösung ersetzt werden müssen. Grosse Zweckbauten sollen mit einer Gebäudeautomation ausgerüstet werden.

SVP droht mit Referendum

Hier würden die MuKE n «als Wunschkonzept der Konferenz der kantonalen Energiedirektoren umgesetzt, welche für den Kanton Aargau überhaupt nicht bindend sind», kritisiert die SVP in ihrer Antwort. Die Vorlage gebe dem Staat «den Freipass zum Eingriff in diverse Lebensbereiche und verabschiedet sich von jeglicher liberaler Grundhaltung». Die SVP werde «nie und nimmer zustimmen und werde,

sofern die Teilrevision «nicht auf ein vernünftiges Mass reduziert und angepasst wird, das Referendum ergreifen». Auch die kleine EDU - im Grossen Rat Teil der SVP-Fraktion - lehnt die Vorschläge aus Aarau mehrheitlich ab, allerdings weniger kategorisch. Sie kritisiert in ihrer Stellungnahme zu viele nicht zwingende Änderungen.

Nein zur Vorlage in dieser Form sagt die FDP, notabene die Partei von Energiedirektor Attiger. Dieser weiss schon

«Die Vorschläge der Regierung weisen eine zu hohe Regulierungsdichte auf.»

HANS-RUEDI HOTTIGER
VERFASSER CVP-POSITION

heute, dass er die Revision überarbeiten muss (siehe Box ganz rechts). Er kündigt deshalb an, für die Vorlage mehr Zeit zu benötigen. Die MuKE n zeichneten sich «durch Verbote, Orientierung an technologischen Standards aus den Jahren vor 2014 und

Wirtschaftsverbände sind sehr skeptisch, Bauernverband stimmt zu

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) anerkennt, dass das Energiegesetz an die Vorgaben des Bundes angepasst werden muss, und befürwortet eine Anpassung auch im Grundsatz, heisst es in der Stellungnahme. Der aktuellen Vorlage stehe man allerdings kritisch gegenüber. Das Problem sei eine zu starke Anlehnung an die Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich (MuKE n). Diese seien zu detailliert, fokussierten zu sehr auf einzelne Bauten, wo eine grossräumige Betrachtung zielführender wäre, und basierten auf einem veralteten Technologiestand. Die **AiHK** bezweifelt, dass mit dieser Vorlage das Ziel erreicht werden kann. Die Volksabstimmung in Solothurn am 10. Juni habe gezeigt, dass ein mit neuen Vorschriften und Einschränkungen überladenes Energie-

gesetz spätestens an der Urne keine Chance habe. Die von Marianne Wildi präsiidierte **AiHK** empfiehlt, die Vorlage im Hinblick auf die Debatte im Parlament deutlich zu «entschlacken». Der Vorstand des **Aargauischen Gewerbeverbands (AGV)** lehnt die Vorlage in der jetzigen Form ab. Die vorgesehenen Massnahmen beträfen das Aargauer Gewerbe in erheblicher Form, da die Gewerbetreibenden von den staatlichen Verpflichtungen betroffen seien, hält der von Kurt Schmid präsiidierte Verband fest. In verschiedenen Branchen seien aber die Margen teilweise derart niedrig, dass sich einige Gewerbebetriebe die Umsetzung gewisser Massnahmen schlicht nicht leisten könnten. Die Gesetzesänderungen würden zu einem erheblichen bürokratischen Mehraufwand führen, dem ein

massive Bürokratie aus», kritisiert die FDP. Der alleinige Fokus auf Gebäude sei falsch. Man müsse künftig vielmehr Elektrizität, Gas und Wärme zusammen betrachten. Ausserdem dürfe der Kanton nicht in die Eigentumsfreiheit der Hausbesitzer eingreifen. Die FDP verlangt eine «klare Verbesserung» der Vorlage.

Etwas nuancierter agiert die CVP. Sie stehe hinter der Energiestrategie 2050, betont der Grossrat und Zofinger Stadtammann Hans-Ruedi Hottiger in der Stellungnahme. Man begrüsse die pragmatische Umsetzung. Doch auch die CVP bezweifelt, dass man das Ziel mit den MuKE n erreichen kann. Diese sähen eine zu hohe Regulierungsdichte vor, seien zu sehr «auf den technologischen Status quo» ausgerichtet. Auch die CVP kritisiert beim Regierungsvorschlag einen zu starken Fokus allein auf den Gebäudebereich. Sie fordert, auch erneuerbare Gase als erneuerbare Energie anzuerkennen.

Ja bei kleinen Mitteparteien

Bedeutend freundlichere Aufnahme findet die Vorlage der Regierung bei der BDP. Grossrätin Maya Bally prägt

dazu mit Blick auf das Ja zur Energiestrategie den Merksatz: «Wer A sagt, hat auch B zu sagen.» Die BDP frage sich aber, ob es mittelfristig nicht weitere Anstrengungen brauche.

Laut Präsident Beat Hiller gehen die vorgeschlagenen Regelungen den Grünliberalen zu wenig weit. Die Vorgaben des Pariser Klimaabkommens können so auch langfristig nicht erfüllt werden, schreibt Hiller. Er fordert für den Entscheid mehr Monitoring und eine bessere Datengrundlage.

Roland Frauchiger, Grossrat und Co-Präsident der EVP, begrüsst namens seine Partei die Vorlage ebenfalls. Die EVP möchte das Energiegesetz beim Verkauf einer Liegenschaft aber um das Erfordernis eines Gebäudeenergieausweises (Geak) erweitern.

Grüne und SP wollen mehr

Dass die Grünen mit den Vorschlägen aus dem Energiedepartement nicht zufrieden sind, überrascht nicht. Für Grossrat Hansjörg Wittwer sind diese nicht mehr als ein erster Schritt. Er fordert etwa, das Sonnenenergiepotenzial auf allen geeigneten Dächern öffentlicher Bauten konsequent zu nutzen. Dass beim Ersatz einer Heizung lediglich 10 Prozent der Energie erneuerbar produziert werden soll, sei viel zu wenig. Die Grünen verlangen einen Anteil von mindestens 50 Prozent. Sie fordern explizit kantonale Fördermittel für Gebäudesanierungen (wie die SP auch). Ziel müsse es sein, die Sanierungsquote bei bestehenden Gebäuden von einem auf mindestens drei Prozent zu erhöhen, so Wittwer.

Der SP reichen die Vorschläge laut Präsidentin und Grossrätin Gabriela Suter ebenfalls nicht. Sie begrüsst die Mustervorschriften der Kantone. Die Sozialdemokraten fordern aber strengere Bestimmungen für bestehende Gebäude. Heizungen im Freien und Freiluftbäder solle man nur noch mit erneuerbarer Energie oder sonst nicht nutzbarer Abwärme betreiben. Energieeffizienz soll sich lohnen. Deshalb, so die SP, soll sich die Regierung beim Bund für eine hohe CO₂-Steuer auf Brenn- und Treibstoffe einsetzen.





Grosse Hoffnungen ruhen auf der Sonnenenergie. Zahllose Dächer im Aargau (wie hier in Nussbaumen) eignen sich für entsprechende Solarmodule.

SANDRA ARDIZZONE



Energiedirektor Stephan Attiger braucht mehr Zeit.

«Wir werden Änderungen vornehmen»

In einer Stellungnahme sagt Energiedirektor Stephan Attiger, zur Teilrevision des Energiegesetzes (siehe Hauptartikel links) seien sehr unterschiedliche und differenzierte Antworten eingegangen. Bei den befürwortenden und den ablehnenden Antworten seien konstruktive Änderungsvorschläge eingereicht worden. Attiger hält weiter fest: «Wir nehmen diese Eingaben sehr ernst und werden sie in den nächsten Wochen sorgfältig auswerten. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass wir gegenüber dem Anhörungstext Änderungen vornehmen werden. Ausserdem wird die Ausarbeitung der Botschaft zuhanden des Grossen Rates mehr Zeit beanspruchen als geplant - sie wird voraussichtlich im ersten Quartal 2019 fertiggestellt.» (MKU)

Trägt die AEW nur ein grünes Mäntelchen?

Ein privater Solarstrom-Produzent im Aargau kritisiert die Abnahmetarife der AEW Energie AG. Das Unternehmen entgegnet, die Preise seien für alle gleich.

VON FABIAN HÄGLER

«Energiewende Award 2018: AEW wird in der Kategorie Strom ausgezeichnet.» Dies teilte der grösste Aargauer Energieversorger kürzlich mit und brachte seine Freude über die Auszeichnung der Markt- und Wirtschaftsforscher von EuPD Research in Bonn zum Ausdruck (die AZ berichtete). «Wir freuen uns, dass der wichtige Beitrag unserer Kunden und der AEW für die Gestaltung der Energiezukunft auf Basis erneuerbarer Energie mit dieser Auszeichnung als herausragendes Energieversorgungsunternehmen bestätigt wurde», liess sich CEO Hubert Zimmermann in der Mitteilung zitieren. David Gautschi, Leiter Erneuerbare Energie der AEW Energie AG, nahm den Energiewende Award in München entgegen.

Zu wenig Geld für Solarstrom?

In der Mitteilung hiess es, die AEW biete ein herausragendes Angebot an Produkten, Dienstleistungen und Informationen rund um die Energiewende und engagiere sich für Strom- und Wärme-Produktion aus erneuerbaren Energien. Weniger begeistert über den Award ist ein Aargauer, der selber eine kleine Photovoltaik-Anlage betreibt und seinen Solarstrom der AEW liefert. «Ich habe das Gefühl, dass sich die Firma hier einfach das grüne Mäntelchen überzieht», sagt der Mann, der beruflich in der Elektro-Installationsbranche tätig ist und anonym bleiben möchte.

Er kritisiert, die Abnahmetarife der AEW Energie AG für kleine Solarstromproduzenten im Aargau seien zu niedrig. «Ich erhalte im Hochtarif 5,43 Rappen pro Kilowattstunde, im Niedertarif sind es gar nur 3,73 Rappen», sagt er. Mit diesen tiefen Preisen sei der Anreiz, etwas zur Energiewende beizutragen, für kleine Solarstromproduzenten sehr gering. «Wer eine grössere Anlage hat, erhält eine Vergütung vom Bund und kommt so auf anständige Tarife, aber für die Kleinen ist das heutige System wenig attraktiv», sagt der Mann.

AEW behandelt alle gleich

Die AEW bestätigt auf AZ-Anfrage die genannten Tarife. Man halte sich als Netzbetreiber «seit je an die Pflicht, die angebotene Elektrizität aus erneuerbaren Energien im Netzgebiet abzunehmen und angemessen zu vergüten», erklärt Sprecherin Yvonne Kohler. Dabei würden alle Produzenten gleich behandelt, dies gelte auch für die aktuell gültigen und die künftigen Vergütungen. «Die AEW überprüft ihr Produktportfolio jährlich, dazu gehört auch der Rückliefertarif, also die Vergütung für den von Privaten produzierten Solarstrom», erläutert Kohler. Die Publikation der Preise für das Kalenderjahr 2019 erfolge bis Ende August, kündigt die Unternehmens-Sprecherin an.

Laut dem AEW-Geschäftsbericht 2017 ist der Trend zu Solarstrom-Anlagen auf Dächern von Privathäusern und Gemeindelienschaften ungebrochen. Immer mehr Sonnenenergie werde im Aargau dezentral produziert und ins Stromnetz eingespeist. «Im Jahr 2017 haben wir rund 12 Gigawattstunden rückvergütet, den grössten Teil davon für Solarstrom», sagt Yvonne Kohler. Selber produziert hat die AEW Energie AG im vergangenen Jahr 3,315 Gigawattstunden Solarstrom.